Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/279
07.06.2023

NEUDRUCK

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

18. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Der Imkerverband Rheinland e. V. und der Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e. V. stellen sich vor 7

– Gespräch mit sachverständigen Gästen *(s. Anlage)*

2 Gesetz zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4183

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4183 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln. 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4592

Und

Unsere Natur und Heimat aufgrund ihres Eigenwertes schützen – die Biodiversität neu denken – den Klimaschutz nicht über die Belange des heimischen Natur- und Artenschutzes stellen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2563

Ausschussprotokoll 18/217 (Anhörung am 19.04.2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2480 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/4592 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2563 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen 28

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23. Mai 2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

Und

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– Wortbeiträge

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

5 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

6 Mithilfe von Agroforstsystemen Synergieeffekte für Naturschutz und Landwirtschaft schaffen **31**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3661

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3661 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, SPD und AfD ab.

7 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update **34**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

– keine Wortbeiträge

Die FDP-Fraktion beantragt eine Anhörung.

8 Stand Aktivitäten der Ökomodellregion *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1312

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1312 zur Kenntnis.

9 Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für NRW-Milchviehbetriebe *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1293

– Wortbeiträge

10 Einführung einer Rohstoffabgabe *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1294

– Wortbeiträge

11 Stellen Nutrias eine Gefahr für die NRW-Deiche dar? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1297

– Wortbeiträge

12 Verschiedenes **49**

* * *

3 Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4592

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2480 am 25.01.2023)

Und

Unsere Natur und Heimat aufgrund ihres Eigenwertes schützen – die Biodiversität neu denken – den Klimaschutz nicht über die Belange des heimischen Natur- und Artenschutzes stellen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2563

Ausschussprotokoll 18/217 (Anhörung am 19.04.2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2563 am 26.01.2023)

René Schneider (SPD) meint, in der vergangenen Wahlperiode hätte sich wahrscheinlich der Beobachter über einen Antrag der CDU zum Thema „Biodiversität“ verwundert die Augen gerieben. Ein solcher liege jetzt vor. An dieser Stelle sehe man den wohltuenden Einfluss von Bündnis 90/Die Grünen. Dafür bedanke er sich. Wenn er sich das Herumlavieren der CDU damals noch mit der FDP zusammen in der vergangenen Wahlperiode rund um die Volksinitiative „Artenvielfalt“ anschaue, dann könne er sich heute nur sehr wundern.

Mit dem Entschließungsantrag erinnere seine Fraktion daran, dass es in der vergangenen Wahlperiode eine sehr erfolgreiche Volksinitiative „Artenvielfalt“ gegeben habe, getragen von Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD, die einige Punkte gefordert habe. Die acht Handlungsfelder, die damals mit einem riesigen Rückhalt aus dem gesamten Land in den Landtag überwiesen worden seien, würden in dem Entschließungsantrag aufgeführt. Damals sei die Freude über dieses Thema nicht allzu groß gewesen. Er könne sich gut daran erinnern, dass versucht worden sei, dieses Thema vom Sakko zu streichen.

Im Beschluss würden die Handlungsfelder aus der Volksinitiative „Artenvielfalt“ aufgeführt. Auch werde die Landesregierung aufgefordert, bis Mitte 2024 einen NRW-Strategieplan

aufzusetzen, um die EU-Biodiversitäts- und COP-15-Ziele in gangbare Politik auf Landesebene zu übersetzen.

Er wisse, dass die Hinweise seiner Fraktion darauf als nervig abgetan würden. Man könne Ziele aber nur erreichen, wenn man sich auch ein Schrittmaß gebe. Das vermisse er an dieser Stelle. Deswegen werde das noch einmal im Entschließungsantrag dargestellt. Er bitte um Unterstützung an dieser Stelle, auch wenn er sich sicher sei, dass man sie dann nicht bekomme.

Auf der anderen Seite könne er ankündigen, dass seine Fraktion die Anträge von CDU und Grünen und auch den von der AfD leider ablehnen müsse. Gesprungen sei noch lange nicht gut gesprungen. Der eigene Schatten werde allerdings verlassen, das sei schon einmal gut.

Dr. Ralf Nolten (CDU) findet es schön, dass Herr Schneider die Volksinitiative noch einmal bemühe. Seinerzeit seien in einem Entschließungsantrag 21 Punkte vorgebracht worden, die insbesondere das vertieft hätten, was bestimmte Annahmen und auch unspezifische Forderungen umfasse, was zum Beispiel die Waldbewirtschaftung angehe. Es sei gesagt worden, das müsse man differenzierter sehen. Man habe nicht den gesamten Zugriff auf private Waldflächen, was nötig gewesen wäre, um alles zu realisieren. Viele der Punkte fänden sich jetzt in dem Antrag der Koalitionsfraktionen wieder. Wenn man den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion daneben lege, sehe man, dass in dem Bereich, der den Gewässerschutz angehe, auf die wesentlichen Punkte der Wasserrahmenrichtlinie eingegangen werde.

Was den Punkt angehe, die Landschaftsplanung vor Ort umzusetzen, müsse das zentraler geschehen. Wenn es im SPD-Entschließungsantrag heiße, man müsse endlich zur flächendeckenden Landschaftsplanung kommen, dann sollte Herr Schneider doch ins Verzeichnis hineinschauen. Bei 4 von 31 Kreisen seien noch mehrere Landschaftspläne offen. Einer habe einen SPD-Bürgermeister, der Kreis werde seit 30 Jahren von einem SPD-Landrat geführt. Da könne Herr Schneider doch anrufen und anregen, dass man da bei der Landschaftsplanung mehr mache. Das bringe mehr, als solche Anträge zu schreiben. Das sei alles sehr pauschal. Der Entschließungsantrag sei mit der heißen Nadel gestrickt.

Was die Landschafts- und Grünordnungspläne im Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffe, so sehe man, was gemeint sei. Es reiche nicht aus, einzelne Aspekte zu betrachten. Man mache eine Landschaftsplanung um die Stadt herum, trage aber den Grundgedanken nicht in die Stadt hinein. Deswegen brauche man die Vernetzung. Das stehe in diesem Antrag. Die SPD sage, man müsse in den Städten Bewusstsein schaffen für biologische Vielfalt. Das sei unsystematisch und schnell abgeleitet. Da hätten CDU und Bündnis 90/Die Grünen die besseren Ansätze.

Festzuhalten sei, dass man das mit den Grundeigentümern, mit allen Betroffenen machen müsse. Der Ansatz sei, vor Ort in die Umsetzung reinzukommen, statt von oben draufzuschauen und zu sagen, man müsse hier einen Strategieplan machen. Die Strategie-

pläne gebe es, keine Frage. Es werde auch gesagt, man müsse das Monitoring weiterentwickeln. Man müsse die Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln.

Dann stünden Dinge in dem Entschließungsantrag der SPD wie Förderrichtlinie zu entbürokratisieren, Antragstellung deutlich vereinfachen. Ein Teil der Förderrichtlinie sei da, im Koalitionsvertrag stehe die entsprechende Überarbeitung. Die Unterstützung der Biologischen Stationen sei im Haushalt enthalten. Die Förderrichtlinie fehle noch. Da sei man unterwegs. Dem Entschließungsantrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE) hält fest, 343 Tage nach Amtsantritt dieser Regierung seien vergangen. Im Dezember 2022 anlässlich der internationalen Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversität hätten die Koalitionsfraktionen gesagt, sie wollten das zusammenstellen und einordnen, was die schwarz-grüne Landesregierung auf diesem zentralen wichtigen Themenfeld „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“, „Schutz der Biodiversität in NRW“ mache. An verschiedenen Stellen habe man darüber diskutiert. Er bedanke sich bei den Beteiligten an der Anhörung, den Verbänden, weil viele Anregungen gekommen seien.

Zu Recht sei auf die Dringlichkeit hingewiesen worden. Bei dem Thema sei der Hinweis immer richtig, man könne gar nicht schnell genug sein. Das ergebe sich aus den gegebenen Rahmenbedingungen. Trotzdem habe man unter schwierigen Rahmenbedingungen in dieser kurzen Zeit einiges gemacht. Über 200 Stellen seien in der Umweltverwaltung im ersten Jahr geschaffen worden, die auch im Bereich des Naturschutzes arbeiteten. Er verweise auf das Landesprogramm „Biologische Vielfalt“, das mit 5 Millionen Euro ausgestattet sei. Für die Arbeit der Biostationen gebe es Verpflichtungsermächtigungen, die eine Mehrjährigkeit bei der Absicherung der Arbeitsprogramme ermöglichten. Jetzt werde konkret der Beteiligungsprozess für den zweiten Nationalpark angeschoben. Mit der Erhöhung des Naturschutzetats seien die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass zum Beispiel die Maßnahmenkonzepte für die Natura 2000-Gebiete auch umgesetzt würden.

Als jemand, der selber aus diesem Bereich komme, könne er sagen: Das Letzte, was man noch brauche, seien noch mehr Pläne. Man müsse die vorhandenen Pläne umsetzen. Es gebe ein solches Umsetzungsdefizit, dass das im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen sollte. Die Regierungsfraktionen würden dranbleiben und mit Hochdruck versuchen, alle Hemmnisse, die bestünden, um zu einer schnellen Umsetzung zu kommen, zu beseitigen. Natürlich sei es gutes Recht der Opposition, die Regierung zu treiben in einem sportlichen Wettbewerb. Es stimme aber auch: Gras wachse nicht schneller, wenn man daran ziehe. Man müsse jetzt die Exekutive auch erst mal machen lassen und gemeinsam gucken, dass es schnell weiter vorangehe. In diesem Sinne werde seine Fraktion gleich abstimmen und den Antrag der Regierungsfraktionen bestätigen und unterstützen.

Dietmar Brockes (FDP) gibt an, seine Fraktion könne sowohl dem Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen als auch dem Entschließungsantrag der SPD einige positive Punkte abgewinnen. Unterm Strich reiche es nicht, um zuzustimmen. Zum einen

werde im Antrag der Regierungsfraktionen deutlich, dass es beschlossene Sache sei, einen weiteren Nationalpark in OWL einzurichten – und das, obwohl in der Anhörung deutlich geworden sei, dass sich die große Mehrheit dagegen ausgesprochen habe. Von denen, die dem noch etwas Positives hätten abgewinnen können, sei gesagt worden, dass der jetzige Zeitpunkt völlig falsch sei.

In der Anhörung sei deutlich kritisiert worden, dass das LANUV nicht ausreichend ausgestattet sei. Deshalb würden Maßnahmen wie das Biodiversitätsmonitoring weit hinterherhinken. Die Biotoptypenkategorisierung sei völlig veraltet. Dann wolle man on top hier noch dafür sorgen, dass das LANUV einen weiteren Naturpark vorbereite, obwohl schon jetzt die Ressourcen nicht ausreichen würden – das in einer Situation, in der noch gar nicht klar sei, wo der Mehrwert dabei sei. Er glaube, dass man erst einmal ein ausführliches Monitoring zum bestehenden Nationalpark machen sollte, bevor man einen neuen, einen weiteren Nationalpark ausrufe.

Zu den Naturparken: Wenn man bei der Suche nach dem zweiten Nationalpark Mittel einsetze, so finde man sie in derselben Haushaltsgruppe wie die Naturparke. Das heiße ganz klar, dass diese Mittel den Naturparken fehlen würden. Das halte seine Fraktion für einen falschen Ansatz. Die Freien Demokraten wollten die Naturparke stärken und nicht gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung einen zusätzlichen zweiten Nationalpark ausrufen.

Zum Entschließungsantrag der SPD: Der Ausschuss habe die Debatte zur Volksinitiative ausführlich in der letzten Legislaturperiode geführt. Die Koalitionsfraktionen damals hätten mit dem Entschließungsantrag 20 Forderungen verfasst. Zu denen stehe seine Fraktion auch heute nach wie vor. Damals seien schon klare, auch rechtliche Bedenken gegen einige der Handlungsfelder vorgetragen worden. Diese seien bis heute nicht ausgeräumt. Insofern könne seine Fraktion dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) meint, Kollege Schneider habe es mit seinem Wortbeitrag wieder gezeigt: In allen umwelt- oder biodiversitätspolitischen Fragen seien die Grünen die Sonne, um die alle kreisen würden und an die möglichst alle nah dran wollten. Dementsprechend sei auch in den Wortbeiträgen und in den Anträgen durchgekommen, dass die grüne Federführung mit den entsprechenden Frames – sei es ein technisches Verständnis des Naturschutzes, globalistische oder klimapolitische Zielsetzungen – immer mitschwinge. Dabei würden Aspekte zum Beispiel der Agrobiodiversität, die viele vergessen würden, wenn sie über Biodiversität reden wollten, und ein Kernpunkt des Naturschutzes, dessen Wurzeln die Heimatliebe sei, außer Acht gelassen. Diesen Aspekt biete die AfD mit ihrem Antrag an. Er werde nur dem eigenen Antrag zustimmen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) führt aus, der Nachweis, dass man für die Agrobiodiversität nichts tue, müsse noch geführt werden. Der werde in dem AfD-Antrag selber gar nicht geführt.

Er verweise auf die Unterstützungen bei den Rassen, ob das Schweinerassen, Rinderrassen, Geflügelrassen seien. Er nenne die Unterstützung der Kleintierhaltung. In den Gen-Datenbanken sehe man, dass da sehr viel gemacht werde. Den Nachweis dürfe Herr Schalley sauber aufarbeiten und sollte ihn hier führen.

An Herrn Brockes gewandt, fährt Dr. Nolten fort, wenn man selber seinerzeit einen entsprechenden gemeinsamen Antrag zur Biodiversität geschrieben habe, könne man jetzt schlecht hingehen und einzelne Punkte herausnehmen und sagen, das sei jetzt nicht gut.

Jetzt hebe man auf zwei Punkte ab, bei denen man glaube, da könne man noch schnell einen Keil reintreiben. Ein Punkt sei die Gegenüberstellung Naturpark, Nationalpark. Ja, es gebe eine Haushaltsstelle. Da frage er, ob man heute schon Mittel für einen Nationalpark einstellen solle, der in zwei, drei Jahren etabliert werde. Da gebe es doch keine Konkurrenz. Man brauche sicher Millionen dafür, um das Verfahren einzuleiten. Das heiße das doch. Das glaube er, ehrlich gesagt, nicht. Eine direkte räumliche Verbindung zum zweiten Nationalpark herzustellen, das habe er von niemandem hier gehört. Das sei die eigene Interpretation von Herrn Brockes.

> Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2480 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.
>
> Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/4592 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.
>
> Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2563 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.